



## Konzept zur Stärkung der Zivilgesellschaft in Niedersachsen



**Niedersachsen**

# Konzept zur Stärkung der Zivilgesellschaft in Niedersachsen

## Inhaltsverzeichnis

1) Einleitung .....	3
Kitt der Gemeinschaft.....	3
Schutzschild der Demokratie.....	3
Fundament und Ort aktiver Mitgestaltung .....	3
2) Stärkung gesellschaftlicher Vielfalt und demokratischer Partizipation .....	4
Einführung eines Niedersächsischen Demokratiefördergesetzes.....	4
Gesetzliche Stärkung der Landeszentrale für politische Bildung .....	4
Schaffung eines Niedersächsischen Teilhabe- und Partizipationsgesetzes .....	4
Informationsfreiheitsgesetz.....	5
Bürgerräte.....	5
Mehr Partizipation für Kinder und Jugendliche.....	5
Partizipation von Frauen in der Kommunalpolitik .....	5
Schutz von Engagierten.....	5
Engagement gegen Antifeminismus und queerfeindliche Bestrebungen .....	6
3) Lebendige Dialogkultur und effektive Netzwerke .....	6
Einrichtung einer Koordinierungsstelle und Stärkung des Niedersachsen-Rings .....	6
Niedersächsischer Ehrenamtskongress.....	6
Weiterentwicklung des Bündnisses „Niedersachsen packt an“ .....	6
Unterstützung erfolgreicher Bundesprojekte .....	7
Weiterführung erfolgreicher Landesprojekte .....	7
Kultur als Orte der Begegnung .....	7
Maßnahmen gegen Einsamkeit.....	7

4) Unterstützung der Zivilgesellschaft in den ländlichen Räumen .....	8
Kleines Geld, große Wirkung: Ausbau der Mikroförderung .....	8
Förderung der Freiwilligenagenturen .....	8
Vernetzungsaktivitäten der landesweiten Leadergruppen .....	8
Unterstützung im Rahmen der Dorfentwicklung .....	8
Regionale Vernetzungsveranstaltungen.....	9
5) Ausbau der politischen Bildungsarbeit .....	9
Demokratiebildung in Schulen .....	9
Stärkung non-formaler und informeller Bildungsarbeit sowie des Engagements junger Menschen .....	9
Stärkung der politischen Bildungsarbeit .....	9
Stärkung der Europa-Bildung durch das EIZ Niedersachsen.....	10
Förderung der politischen Erwachsenenbildung .....	10
Novellierung des Niedersächsischen Bildungsurlaubsgesetzes .....	10
Medienbildung für alle Altersgruppen.....	10
6) Förderungen des Landes für Engagement, Vielfalt und gegen Radikalisierung .....	11
Finanzierung verlässlicher Rahmenbedingungen für ehrenamtliche Tätigkeiten.....	11
Integrationspolitische Maßnahmen sicherstellen.....	11
Unterstützung des Ehrenamtes im Bevölkerungsschutz .....	11
Engagiert gegen demokratiefeindliche Bestrebungen und Radikalisierung .....	12
Förderung Bürgerinitiativen .....	12
7) Jugend und Zivilgesellschaft .....	12
Sichtbarkeit und Verantwortung für Perspektiven und Rechte junger Menschen.....	13
Sicherung von Angeboten für junge Menschen.....	13
Stärkung der Teilhabe junger Menschen und Schaffung attraktiver Räume.....	13
8) Ausbau und Erhalt sozialer Infrastruktur .....	13

# 1) Einleitung

Die Niedersächsische Landesregierung hat das vorliegende Konzept zur Stärkung der Zivilgesellschaft beschlossen. Hintergrund für das Konzept ist die gestiegene Bedeutung der Zivilgesellschaft als Fundament der freiheitlichen, rechtsstaatlichen und pluralistischen Demokratie in Niedersachsen. In einer Zeit wachsender gesellschaftlicher Herausforderungen, wie dem Erstarken populistischer Strömungen und demokratiefeindlicher Tendenzen, ist die Stärkung der Zivilgesellschaft von zentraler Bedeutung, die eng mit gesellschaftlichem Zusammenhalt, sozialer Gerechtigkeit und Teilhabe verknüpft ist.

Niedersachsens Zivilgesellschaft wirkt durch ein breites Spektrum an freiwilligem und hauptamtlichem Engagement durch Bürgerinnen und Bürger<sup>1</sup>, Organisationen, Unternehmen und Netzwerken, vom klassischen Ehrenamt bis zu punktuelltem Engagement, vom Vereinsvorsitz bis zur Nachbarschaftsinitiative. Die Relevanz und die Funktion der Zivilgesellschaft lässt sich insbesondere durch die drei folgenden Merkmale veranschaulichen.

## Kitt der Gemeinschaft

Vielfältige Begegnungen und gemeinsame Aktivitäten tragen maßgeblich dazu bei, gesellschaftliche Unterschiede und Widersprüche auszuhalten, auszutarieren und im Idealfall zu überwinden. In der Zivilgesellschaft werden Brücken zwischen unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen geschlagen und gemeinsame Projekte realisiert. Gerade in Zeiten der Digitalisierung, zunehmender Anonymität und wachsender Polarisierung, Komplexität und Heterogenität wirkt die Zivilgesellschaft als Kitt, der die Gemeinschaft zusammenhält. Zivilgesellschaftliche Begegnungen schaffen die Möglichkeit zur Diskussion und damit auch das dringend notwendige Vertrauen zwischen Menschen in unterschiedlichen Lebenssituationen.

## Schutzschild der Demokratie

Engagierte Bürgerinnen und Bürger tragen dazu bei, demokratische Werte zu verteidigen, den gesellschaftlichen Diskurs zu fördern und soziale Integration zu ermöglichen. Die Zivilgesellschaft ist die wichtigste Ressource und der wirkungsvollste Schutz gegen Angriffe auf die freiheitlich-demokratische Grundordnung. Sie ist dort präsent, wo staatliche Strukturen an ihre Grenzen stoßen, wie zum Beispiel in Nachbarschaften, Vereinen oder kulturellen Zentren. Die Einbindung der Zivilgesellschaft in demokratische Prozesse stärkt das Vertrauen in politische Institutionen.

## Fundament und Ort aktiver Mitgestaltung

Die Menschen in Niedersachsen können durch ihr Engagement gesellschaftlich und politisch mitwirken. Ob im Verein, der Nachbarschaftshilfe, in Bürgerinitiativen oder sozialen Projekten – Engagement bedeutet öffentliche und somit immer auch politische Teilhabe über das Wahlrecht hinaus. Das Erleben von Selbstwirksamkeit und die unmittelbare

---

<sup>1</sup> Im Folgenden bezeichnet die Begrifflichkeit „Bürgerinnen und Bürger“ die in Niedersachsen lebende Bevölkerung und schließt auch alle Einwohnerinnen und Einwohner ein, die keine deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Grundsätzlich wird mit Ausnahme von Institutionen die weibliche und männliche Schreibweise verwendet. Nicht-binäre Personen sind miteinbezogen. Zugunsten der Lesbarkeit wird auf die Anwendung des Gender-Sternchens verzichtet.

Erfahrung demokratischen Handelns macht Demokratie erlebbar. Eine lebendige Zivilgesellschaft ermöglicht es Menschen, an Entscheidungen mitzuwirken, die ihren Alltag direkt betreffen.

## **2) Stärkung gesellschaftlicher Vielfalt und demokratischer Partizipation**

Dialog und Beteiligung gehören zu den wesentlichen Prinzipien erfolgreicher politischer Gestaltung. Hierzu gehören etablierte Verfahren zur Anhörung von Verbänden und Kommunen bei Gesetzgebungsverfahren und Initiativen, aber auch neue Formen der direkten Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern. Damit sich die Potenziale der Zivilgesellschaft voll entfalten können, ergreift die Niedersächsische Landesregierung strukturelle und organisatorische Maßnahmen. Institutionelle und rechtliche Änderungen fördern die pluralistische Gesellschaft. Folgende Vorhaben rücken dabei in den Vordergrund:

### **Einführung eines Niedersächsischen Demokratiefördergesetzes**

Mit einem Niedersächsischen Demokratiefördergesetz schafft die Landesregierung einen verbindlichen, dauerhaften Rahmen für die Stärkung unserer Demokratie. Die Gestaltung und Förderung der Demokratie sowie die Achtung von Recht und Rechtsstaatlichkeit ist aber nicht allein staatliche Aufgabe, sondern ein gemeinsames Anliegen des Staates und einer lebendigen, demokratischen Zivilgesellschaft. Das Niedersächsische Demokratiefördergesetz wird klare Leitlinien für die Zusammenarbeit von Staat und Zivilgesellschaft im Bereich der Demokratieförderung, der Förderung von gesellschaftlicher Vielfalt, der Extremismusprävention und der politischen Bildung definieren und die Rahmenbedingungen verbessern, um die Unabhängigkeit und Planungssicherheit zivilgesellschaftlicher Akteure zu verbessern. So wird Demokratiearbeit in Niedersachsen verlässlicher, transparenter und zukunftsfest verankert.

### **Gesetzliche Stärkung der Landeszentrale für politische Bildung**

Die Landeszentrale für politische Bildung stärkt die Demokratie in Niedersachsen. Sie koordiniert, vernetzt und setzt neue Impulse. Besonders in Zeiten von Desinformation und wachsender Polarisierung ist sie als Anlaufstelle wichtig und fördert die politische Partizipation durch zielgruppengerechte Angebote. Deshalb wird die Niedersächsische Landesregierung die Landeszentrale für politische Bildung dauerhaft absichern und noch in dieser Wahlperiode einen Gesetzesentwurf vorlegen, der die politische Bildung und die Arbeit der Landeszentrale zukünftig gesetzlich regelt und sicherstellt.

### **Schaffung eines Niedersächsischen Teilhabe- und Partizipationsgesetzes**

Gleichberechtigte Teilhabe im Sinne der Chancengerechtigkeit wird zukünftig in Niedersachsen durch ein entsprechendes Gesetz unterstützt. Ein Teilhabe- und Partizipationsgesetz wird der essenziellen Rolle von Zugewanderten einen rechtlichen Rahmen geben und soll auch ein gesetzlich verankertes Bekenntnis gegen Rassismus, Antisemitismus und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit enthalten.

## **Informationsfreiheitsgesetz**

Der Zugang zu Informationen schafft Vertrauen in demokratisches Handeln und ermöglicht zugleich Beteiligung. Um das zu stärken, wird die Niedersächsische Landesregierung ein modernes und starkes Informationsfreiheits- und Transparenzgesetz schaffen. Staatliche Stellen auf Landesebene werden dabei verpflichtet, alle relevanten Informationen digital zu veröffentlichen. Nur zum Schutz von personenbezogenen Daten oder zum Schutz wesentlicher öffentlicher Belange soll der Informationszugang in begründeten Ausnahmefällen beschränkt werden können.

## **Bürgerräte**

Bürgerräte spielen als Instrument der aktiven Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern eine zunehmende Rolle. Bereits der Bürgerrat der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr (NLStBV) zum Westschnellweg in der Region Hannover hat gezeigt, wie wichtig und sinnvoll ein Bürgerrat sein kann, um bei konkreten Fragestellungen Impulse in politische Prozesse einfließen zu lassen und die Akzeptanz von Entscheidungen zu erhöhen. Den nächsten Bürgerrat plant die Landesregierung im Bereich Klimaschutzpolitik.

Darüber hinaus arbeitet die Landesregierung mit unterschiedlichen Formaten, um mehr direkte Beteiligung zu ermöglichen. Das gilt insbesondere auch im Hinblick auf jüngere Menschen, die bisher zu wenig Gehör in der aktuellen politischen Debatte finden und in Zukunft stärker in den politischen Diskurs eingebunden werden.

## **Mehr Partizipation für Kinder und Jugendliche**

Zivilgesellschaftliche und politische Entscheidungsprozesse beeinflussen Kinder und Jugendliche – sowohl in der Gegenwart als auch in der Zukunft. Kinder und Jugendliche können jedoch nur begrenzt Einfluss darauf nehmen, wer Entscheidungen trifft. Insbesondere in Bezug auf Entscheidungsprozesse zu Sachverhalten, die unmittelbar an den Bedarfen von Kindern und Jugendlichen orientiert sind und junge Menschen im besonderen Maße betreffen, muss es Formate der aktiven Beteiligung junger Menschen geben. Daher werden Formate der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen künftig besser unterstützt.

## **Partizipation von Frauen in der Kommunalpolitik**

Eine starke Demokratie lebt vom Engagement ihrer Bürgerinnen und Bürger – und sie ist am stärksten, wenn möglichst viele Menschen mitgestalten und die gesellschaftliche Vielfalt abgebildet wird. Die Perspektiven, Erfahrungen und Ideen von Frauen sind dafür unverzichtbar. Dennoch sind Frauen auf allen politischen Ebenen weiterhin unterrepräsentiert. Landesweite Programme, wie das niedersächsische Mentoring-Programm zur Gewinnung von Frauen für die Kommunalpolitik, werden gezielt weitergeführt, um dieses Ungleichgewicht abzubauen und demokratische Prozesse nachhaltig zu stärken.

## **Schutz von Engagierten**

Um ehrenamtlich und politisch aktive Bürgerinnen und Bürger besser vor Bedrohungen, Anfeindungen und Angriffen zu schützen, wird die Niedersächsische Landesregierung präventive und restriktiv-reaktive Strategien entwickeln. Dazu gehören u. a. die Unterstützung von Schulungen durch die (Heim-)Volkshochschulen, die Entwicklung von

Handlungsempfehlungen für Betroffene oder die Möglichkeit einer besseren Vernetzung mit Sicherheitsbehörden, dem Landespräventionsrat, der Beratungsstelle gegen Hass und Hetze in Internet und der Stiftung Opferhilfe.

### **Engagement gegen Antifeminismus und queerfeindliche Bestrebungen**

Mädchen und Frauen sowie queere Menschen haben in den vergangenen Jahrzehnten in vielen Lebensbereichen gleiche Rechte und mehr Sichtbarkeit erlangt. Sie stehen für eine vielfältige und freie Gesellschaft – und sind gerade deshalb massiven Angriffen von antifeministischen und queerfeindlichen Akteuren ausgesetzt. Die Niedersächsische Landesregierung wird gemeinsame Maßnahmen entwickeln und umsetzen, um antifeministischen und queerfeindlichen Bestrebungen entgegenzuwirken.

## **3) Lebendige Dialogkultur und effektive Netzwerke**

Niedersachsens starke Zivilgesellschaft lebt von der Vernetzung und dem kontinuierlichen Dialog zwischen ihren Akteurinnen und Akteuren sowie mit der Politik und der Verwaltung. Regelmäßiger Austausch schafft Vertrauen und ermöglicht die Entwicklung von gemeinsamen Lösungen. Deshalb werden die folgenden Maßnahmen zum Austausch zwischen Zivilgesellschaft und Landesregierung vertieft:

### **Einrichtung einer Koordinierungsstelle und Stärkung des Niedersachsen-Rings**

In der Staatskanzlei wird eine zentrale Koordinierungsstelle für bürgerschaftliches Engagement geschaffen. Sie wird direkte Ansprechpartnerin sowie Impulsgeberin für die Zivilgesellschaft sein und nimmt Impulse entgegen. Sie wird zur zentralen Schnittstelle zwischen der Zivilgesellschaft und der Landesregierung entwickelt. In ihr werden die zentralen Aufgaben des bürgerschaftlichen Engagements der Landesverwaltung gebündelt. Das betrifft insbesondere die Weiterentwicklung von strategischen Ansätzen der Ehrenamtspolitik, die gemeinsam mit dem Niedersachsen-Ring konzipiert werden. Die Koordinierungsstelle wird zugleich auch Geschäftsstelle für den Niedersachsen-Ring sein, dessen Funktion als Beirat für Ehrenamt und Engagement gestärkt wird. Ein regelmäßiger Austausch mit der Koordinierungsstelle des Landesprogramms für Demokratie und Menschenrechte ermöglicht Synergieeffekte in der Netzwerkarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteuren.

### **Niedersächsischer Ehrenamtskongress**

Um den Austausch und die Vernetzung der engagierten Akteurinnen und Akteure in Niedersachsen zu fördern, wird 2026 erstmalig der Niedersächsische Ehrenamtskongress stattfinden. Dieser Kongress wird die zentrale Vernetzungsveranstaltung in Niedersachsen im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements werden und gibt Raum für Workshops und fachliche Debatten. Er wird nicht nur zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure miteinander vernetzen, sondern auch den Austausch mit Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft fördern.

### **Weiterentwicklung des Bündnisses „Niedersachsen packt an“**

Vor dem Hintergrund, dass antidemokratische Ideen Zulauf erhalten haben, wird das Bündnis „Niedersachsen packt an“ strategisch weiterentwickelt. Das Ziel ist die Unterstützung der Zivilgesellschaft sowie das klare und öffentliche

Bekenntnis und das gemeinsame Engagement der Bündnispartnerinnen und -partner für demokratische Werte, Vielfalt, Integration, gesellschaftlichen Zusammenhalt und gegen Diskriminierung, Hetze und Ausgrenzung.

### **Unterstützung erfolgreicher Bundesprojekte**

Bestehende, erfolgreiche Bundesprogramme wie „Engagierte Stadt“ und „Demokratie leben!“, werden gezielt in Niedersachsen unterstützt. Bewährte Konzepte sollen weitergeführt werden und Nachahmung finden. Dazu zählen auch die bundesgeförderten Freiwilligendienste wie zum Beispiel das Freiwillige Ökologische Jahr und das Freiwillige Soziale Jahr, die in Niedersachsen als strategische Formate zur Förderung von Engagement und demokratischen Werten weiter gestärkt werden sollen. Die enge Kooperation des Landes Niedersachsen mit den Institutionen des Bundes sowie der Deutschen Stiftung Engagement und Ehrenamt (DSEE) und dem Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) stellen sicher, dass die Bundesmittel optimal in die niedersächsische Engagementlandschaft integriert werden.

### **Weiterführung erfolgreicher Landesprojekte**

In Niedersachsen gibt es Beteiligungsprozesse, die die Teilhabe von unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen berücksichtigen. Diese Prozesse werden weitergeführt. Hierzu zählt u.a. der Niedersächsische Weg. Dieser seit 2020 geführte Dialog zwischen Akteuren aus der Landwirtschaft und der Landnutzung sowie des Naturschutzes hat zu einem gestiegenen Verständnis der einzelnen Interessenvertretungen geführt und auch das ehrenamtliche Engagement und die Zusammenarbeit gestärkt.

### **Kultur als Orte der Begegnung**

Eine lebendige Kulturlandschaft – vom Theater und Museum bis zur Soziokultur, vom Schauspielhaus bis zur freien Kulturszene – ist ein wichtiger Faktor für gesellschaftlichen Austausch, Diskurs und Begegnung. So schaffen beispielsweise kulturelle Projekte an Schulen Begegnungsräume, in denen Kinder und Jugendliche unterschiedliche Lebenswelten kennenlernen und Gemeinsamkeiten entdecken. Daher wird die Landesregierung auch die Stärkung dieses Bereichs in die Maßnahmen für eine lebendige Zivilgesellschaft mit einbeziehen.

### **Maßnahmen gegen Einsamkeit**

Einsamkeit ist ein gesamtgesellschaftliches Problem und bedeutet für Betroffene ein schmerzhaftes Gefühl von Leere und Entfremdung. Einsamkeit kann eine geringere Bindung an gesellschaftliche Netzwerke, ein geringeres Vertrauen in gesellschaftliche Institutionen und eine höhere Skepsis gegenüber der Demokratie begünstigen. Ziel der Niedersächsischen Landesregierung ist, Menschen mit Einsamkeitsgefühlen den Weg in die Gemeinschaft zu ermöglichen. Mit dem Förderprogramm „Gemeinsam in der Nachbarschaft“ unterstützt die Landesregierung Niedersachsen z.B. nachhaltige Projekte, die Einsamkeit vorbeugen oder verringern sollen und setzt dabei direkt im Wohnumfeld der Menschen an. Ziel ist es, nachbarschaftliche Kontakte zu fördern und soziale Vernetzung zu ermöglichen.

## 4) Unterstützung der Zivilgesellschaft in den ländlichen Räumen

Niedersachsen ist flächenmäßig das zweitgrößte Bundesland. Rund fünf seiner acht Millionen Menschen leben in ländlichen Regionen, die vielfältig und heterogen strukturiert sind. Deshalb achtet die Landesregierung selbstverständlich darauf, dass landespolitische Maßnahmen immer auch die spezifischen Bedürfnisse der ländlichen Räume in Niedersachsen berücksichtigen.

### Kleines Geld, große Wirkung: Ausbau der Mikroförderung

Oft fehlen ehrenamtlichen Initiativen geringe Mittel, um Großes zu bewirken. Das wird sich in Niedersachsen ändern. Das Land Niedersachsen wird die Mikroförderung von zivilgesellschaftlichem Engagement deutlich ausbauen. Hierzu wird ein neues Programm ins Leben gerufen, um insbesondere das Engagement in ländlichen Regionen unbürokratisch und mit schnell verfügbaren Fördermitteln zu unterstützen. Ziel ist es, im Rahmen der Mikroförderung die Hürden für die Beantragung von Mitteln drastisch zu senken und zu vereinfachen, um auch kleineren, oft sehr agilen Initiativen und Vereinen die Umsetzung ihrer Ideen zu ermöglichen, ohne dass sie aufwändige bürokratische Prozesse durchlaufen und aufwändige komplizierte Formulare ausfüllen müssen.

### Förderung der Freiwilligenagenturen

Der bekannte Satz „Ehrenamt braucht Hauptamt“ meint, dass es einer gegenseitigen Unterstützung von ehrenamtlichem und hauptamtlichem Engagement bedarf. Zivilgesellschaftliches Engagement auf persönlicher und praktischer Ebene kann sich dann besser entfalten, wenn hauptamtliche Strukturen unterstützen können. In Niedersachsen gibt es mehr als 100 Freiwilligenagenturen, die im ganzen Land Vereine und Kommunen bei der Realisierung von ehrenamtlichen Projekten informieren, beraten und vermitteln. Deshalb wird die Niedersächsische Landesregierung die Freiwilligenagenturen dauerhaft fördern und finanziell stärker unterstützen.

### Vernetzungsaktivitäten der landesweiten Leadergruppen

Im Rahmen des LEADER-Programms finden auf verschiedenen Ebenen Vernetzungsaktivitäten zwischen lokalen Akteurinnen und Akteuren aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft statt. Dies reicht von der Arbeit in der Lokalen Aktionsgruppe (LAG) innerhalb einer LEADER-Region bis zum jährlichen LEADER-Forum, einer Veranstaltung, die eine landesweite Vernetzung zu wechselnden Themen ermöglicht.

### Unterstützung im Rahmen der Dorfentwicklung

Die Dorfentwicklung ist getragen von partizipativen Entwicklungsprozessen. Durch eine aktive Einbindung der Bevölkerung bei der Aufstellung des Dorfentwicklungsplans für ihre Dorfregion wird die Einbindung der Zivilgesellschaft gerade bei der Entwicklung der ländlichen Räume gewährleistet.

Insbesondere mit dem Ansatz der Dorfmoderation unterstützt Niedersachsen landesweit das ehrenamtliche Bemühen der Menschen in ihren Dörfern, den Sozialraum Dorf mit niedrigschwelligen Ansätzen im Zusammenspiel mit der lokalen Politik und Verwaltung zu entwickeln.

## **Regionale Vernetzungsveranstaltungen**

In Zusammenarbeit mit den Ämtern für regionale Landesentwicklung werden ab 2026 regelmäßige regionale Veranstaltungen organisiert. Diese Treffen dienen dem besseren Austausch und der Vernetzung lokaler Akteurinnen und Akteure aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft. Sie fördern die Entstehung von regionalen Kooperationen und Projekten.

## **5) Ausbau der politischen Bildungsarbeit**

Digitalisierung und Individualisierung sind eng miteinander verwoben und stellen die politische Bildungsarbeit vor neue Herausforderungen, aber auch vor neue Chancen. Algorithmen, Künstliche Intelligenz und die zunehmende Schnelligkeit der Informationsverbreitung verändern die Art, wie Menschen Informationen erlangen und verarbeiten. Die politische Bildung breiter Bevölkerungsschichten bleibt auch unter diesen modernen Bedingungen der Schlüssel zur Entwicklung einer aufgeklärten, kritischen, selbstbewussten und engagierten Zivilgesellschaft, die bereit und fähig bleibt, Verantwortung zu übernehmen.

### **Demokratiebildung in Schulen**

Niedersächsische Schülerinnen und Schüler werden insbesondere im Rahmen der Demokratiebildung darauf vorbereitet, als mündige Bürgerinnen und Bürger kritisch und selbstreflektiert an der demokratischen Willensbildung mitzuwirken. Die Niedersächsische Landesregierung wird deshalb in den kommenden Jahren verstärkt die Demokratiekompetenzen an Schulen stärken. Neben der regulären schulischen Arbeit im Rahmen der Curricula wird die Landesregierung beispielsweise Formate durchführen, die die demokratische Partizipation von Schülerinnen und Schülern fördern (bspw. Demokratiecamps, Jugendklimakonferenzen). Beratungs- und Unterstützungsangebote sowie Fortbildungen für schulisches Personal werden ausgebaut.

### **Stärkung non-formaler und informeller Bildungsarbeit sowie des Engagements junger Menschen**

Demokratiebildung kann nicht früh genug beginnen. Ob Abstimmung über das Mittagessen in der Kita, Ideenworkshop für den neuen Spielplatz, Aushandlungen über das Angebot im Jugendzentrum oder der verbandlichen Jugendgruppe oder ein Engagement im Jugendparlament: Junge Menschen brauchen außerhalb von Familie, Schule oder formellen Formen zugängliche Orte, an denen sie (Selbst-)Wirksamkeit erleben und gemeinsam mit anderen jungen Menschen Erfahrungen im Führen von Diskurs und Auseinandersetzung sowie der Herausbildung von Positionen und Überzeugungen sammeln können. Das Land stärkt daher auch zukünftig die entsprechende Infrastruktur für non-formelle und informelle Bildungsangebote und fördert das ehrenamtliche Engagement junger Menschen.

### **Stärkung der politischen Bildungsarbeit**

Die Niedersächsische Landesregierung erhöht den jährlichen finanziellen Ansatz der Landeszentrale für politische Bildung signifikant und dauerhaft um 1,5 Millionen Euro auf über 3,3 Millionen Euro. Damit stärkt die Niedersächsische Landesregierung die politische Bildung in Niedersachsen zuverlässig und ermöglicht der Landeszentrale die Entwicklung innovativer Formate und Angebote. Wichtige Einrichtungen politischer Bildungsarbeit sind z.B. politische Stiftungen,

deren Förderung mit dem Haushalt 2025 erhöht wurde. Diese Mittel werden verstetigt und zukünftig bedarfsgerecht angepasst.

## **Stärkung der Europa-Bildung durch das EIZ Niedersachsen**

Politische Bildung in Niedersachsen sollte stets auch Europa-Bildung umfassen. Demokratische Resilienz und gesellschaftlicher Zusammenhalt können nur gelingen, wenn Bürgerinnen und Bürger nicht nur nationale, sondern auch europäische Strukturen, Werte und Teilhabemöglichkeiten verstehen und aktiv nutzen können. Mit dem Europäischen Informationszentrum (EIZ) Niedersachsen verfügt das Land bereits über eine etablierte Einrichtung, die unabhängig, niedrigschwellig und partizipativ Europa-Bildung vermittelt und damit einen wichtigen Beitrag zur politischen Bildung und zur Stärkung der Zivilgesellschaft leistet. Der geplante Umbau des Besucherzentrums unterstreicht diesen Anspruch und schafft einen modernen Lern- und Begegnungsort, der innovative Formate, digitale Zugänge und Mehrperspektivität verbindet.

## **Förderung der politischen Erwachsenenbildung**

Politische Bildung endet nicht mit der Schulzeit. Deshalb ist die Förderung von Einrichtungen der Erwachsenenbildung und politischen Stiftungen sehr wichtig, um lebenslanges Lernen zu fördern und die Auseinandersetzung mit politischen und gesellschaftlichen Fragen zu unterstützen. Die Stärkung der niedersächsischen Erwachsenen- und Weiterbildungseinrichtungen durch Finanzhilfen und Projektförderungen ist ein wichtiger Beitrag zur gesellschaftlichen Stabilität. Bildung ist von hoher Bedeutung bei der Schaffung von Resilienz gegen populistische Einstellungen.

## **Novellierung des Niedersächsischen Bildungsurlaubsgesetzes**

Das neue Niedersächsische Bildungszeitgesetz (NBildZG) bewirkt zukünftig auch Verbesserungen für engagierte Menschen in Niedersachsen. Die Inhalte der Weiterbildungsangebote werden praxisnäher gestaltet werden. Künftig können bis zu 50 Prozent eines Angebots aus praktischen Anteilen bestehen. Das kommt insbesondere ehrenamtlich Tätigen zugute, z.B. bei entsprechenden Angeboten für Freiwillige im Bereich der Feuerwehren und des Katastrophenschutzes oder im Sport- und Kulturbereich. Auch die Demokratiebildung wird gestärkt: Nach dem Gesetzentwurf können künftig Veranstaltungen der Bundeszentrale für politische Bildung, der Niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung sowie Bildungsfahrten zum Niedersächsischen Landtag oder zum Bundestag als Bildungszeit anerkannt werden. Außerdem wird der Kreis der Anspruchsberechtigten erweitert: Künftig sollen auch Beamtinnen und Beamte sowie Richterinnen und Richter Bildungszeit beantragen können.

## **Medienbildung für alle Altersgruppen**

In Zeiten digitaler Transformation ist die Vermittlung von Medienkompetenz unverzichtbar. Das Konzept „Medienkompetenz in Niedersachsen – Ziellinie 2025“ wurde im September 2025 aktualisiert. Dies betrifft z.B. Fähigkeiten im Umgang mit digitalen Medien, die Erkennung von Desinformationen, der Umgang mit Hate-Speech sowie die verantwortungsvolle Nutzung sozialer Netzwerke. So wird durch Medienbildung die Demokratie gegen Manipulation und Populismus gestärkt.

Einen wichtigen Baustein für die Vermittlung von Medienkompetenz bildet zudem der Beschluss, ab dem Schuljahr 2026/2027 die 7. Klassen aufsteigend mit digitalen Endgeräten auszustatten. Verbunden ist damit nicht nur ein Beitrag

zu modernen Schulen, sondern auch die Förderung digitaler Kompetenzen. Unabhängig von den sozialen und ökonomischen Rahmenbedingungen lernen Kinder und Jugendliche, digitale Tools zu nutzen und Informationen einzuordnen.

Niedersachsen wird außerdem durch Bildungs- und Veranstaltungsformate den Kampf gegen Desinformation ausbauen.

## **6) Förderungen des Landes für Engagement, Vielfalt und gegen Radikalisierung**

Partizipation und Engagement sowie der Kampf gegen Radikalisierung, Rassismus und Antisemitismus brauchen eine zuverlässige und dauerhafte Förderung. Das Land Niedersachsen wird auch zukünftig durch verschiedene Förderrichtlinien sicherstellen, dass bürgerschaftliches Engagement und Integrationsarbeit in Niedersachsen auskömmlich finanziert sind.

### **Finanzierung verlässlicher Rahmenbedingungen für ehrenamtliche Tätigkeiten**

Das Land Niedersachsen fördert gezielt Projekte und Initiativen, die das bürgerschaftliche Engagement stärken. Als Beispiel können hier die Finanzhilfen an den Landessportbund Niedersachsen e.V. (LSB) genannt werden. So finanzierte die Landesregierung mit mehr als 50 Millionen Euro über die Hälfte des Haushaltes des LSB. Darüber hinaus unterstützt das Land Niedersachsen finanziell die Anerkennung ehrenamtlicher Arbeit, Qualifizierungsmaßnahmen für Ehrenamtliche sowie Projekte zur Förderung der Freiwilligenarbeit in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen wie Sport, Kultur, Soziales und Umwelt. Ziel ist es, das Ehrenamt nachhaltig zu unterstützen und die Rahmenbedingungen für Freiwilligenengagement zu verbessern.

### **Integrationspolitische Maßnahmen sicherstellen**

Das Land Niedersachsen sichert auch zukünftig wichtige integrationspolitische Maßnahmen ab. Dazu zählen neben den Landessprachkursen für geflüchtete Menschen, der Unterstützung der Migrationsberatung in allen Landesteilen und der Finanzierung der lokalen Koordinierungsstellen für das Migrationsmanagement vor Ort auch Maßnahmen zur Arbeitsmarktintegration und Fachkräftegewinnung. Auch Projekte, die der Förderung von gegenseitiger Toleranz und Wertschätzung zwischen Bewohnenden sowie der Nachbarschaft eines Standortes der Landesaufnahmebehörde Niedersachsen dienen, werden landesseitig gefördert.

Interkulturelle Begegnungen zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund werden durch Mikroförderungen zukünftig leichter unterstützt.

### **Unterstützung des Ehrenamtes im Bevölkerungsschutz**

Ehrenamtliche Angehörige in den Organisationen des Bevölkerungsschutzes sind ein wesentlicher Faktor, damit alle Menschen in Niedersachsen sicher leben können. Ihr persönlicher Einsatz verdient höchsten Respekt. Die Unterstützung aus dem familiären Umfeld und durch die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber ist für ihr langfristiges Engagement essenziell. Das Land Niedersachsen wird weiter bei den Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern für die Akzeptanz und Unterstützung werben, damit die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer Verständnis und den erforderlichen Rückhalt für ihr

wichtiges Engagement erhalten. Mit einer breit angelegten Bevölkerungsschutzkampagne wird das Land dafür werben, sich ehrenamtlich zu engagieren, und zudem die Resilienz der Bevölkerung sowie die individuelle Selbsthilfefähigkeit stärken.

### **Engagiert gegen demokratiefeindliche Bestrebungen und Radikalisierung**

Niedersachsen stärkt die Demokratie und bekämpft antidemokratische Bestrebungen durch das Landesprogramm für Demokratie und Menschenrechte sowie das Landesprogramm für Islamismusprävention. Gemeinsam finden unter dem Dach der beiden Landesprogramme umfangreiche Maßnahmen zur Prävention und Bekämpfung demokratiefeindlicher Bestrebungen statt.

Das Landes-Demokratiezentrum Niedersachsen (L-DZ) im Landespräventionsrat setzt zusätzlich das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ um, mit dem landesweit zivilgesellschaftliche Beratungs- und Informationsangebote zur Extremismusprävention und Demokratieförderung unterstützt und vernetzt werden. Mit einzelnen Richtlinien und Programmen fördert die Landesregierung weitere Projekte zur Stärkung der Demokratie, Vielfalt und Toleranz. Mit dem Landespräventionsrat verfügt Niedersachsen über eine Institution mit langjähriger Expertise, um nachhaltige Radikalisierungsprävention und Demokratieförderung voranzubringen.

### **Förderung Bürgerinitiativen**

Bürgerinitiativen sind ein Kernelement der Zivilgesellschaft. Das Niedersächsische Landwirtschaftsministerium fördert in ländlichen und auch in urbanen Regionen beispielsweise die Sammlung von fortgeworfenem Müll und Reparatur-Initiativen, die defekte Geräte wieder funktionstüchtig machen. Die Sammlungen von fortgeworfenem Müll sind auch mit Blick auf die Krankheits- und Tierseuchenprävention von großem Wert. Zudem leisten diese Initiativen einen wichtigen Beitrag zur Nachhaltigkeit und Sauberkeit in Ortschaften und Naturräumen.

Bürgerinitiativen werden auch zukünftig vom Land Niedersachsen unterstützt, z.B. durch die Möglichkeit einer einfachen und schnellen Beantragung von Mikroförderungen.

## **7) Jugend und Zivilgesellschaft**

Junge Menschen sind ein wertvoller Teil der Zivilgesellschaft. Obwohl der Anteil der Kinder und Jugendlichen in der Gesamtbevölkerung zahlenmäßig gering ist und sich derzeit auf einem historischen Tief befindet, ist diese Bevölkerungsgruppe insbesondere in Bezug auf soziale und ökonomische Verhältnisse, die Pluralisierung von Familien oder auch Migration, so vielfältig wie keine andere Altersgruppe. Kinder und Jugendliche müssen entsprechend vielfältige Möglichkeiten bekommen und positiv erfahren, dass sie ernst genommen werden und etwas bewirken können. Das Land Niedersachsen nimmt die besondere Verantwortung für die unterschiedlichen Rahmenbedingungen des Aufwachsens sowie die differenzierten Perspektiven, Bedürfnisse und Interessen junger Menschen entsprechend ernst, damit die Grundpfeiler gesellschaftlichen Zusammenlebens nachhaltig und zukunftssicher erhalten bleiben und fortgeführt werden können.

## **Sichtbarkeit und Verantwortung für Perspektiven und Rechte junger Menschen**

Das Land fördert die gesellschaftliche Sichtbarkeit junger Menschen in ihrer Diversität entsprechend und stärkt die Kinder- und Jugendrechte. Leitend sind hierbei die Grundprinzipien der Vereinten Nationen (UN) im gleichwertigen Dreiklang von Förderung, Schutz und Beteiligung.

### **Sicherung von Angeboten für junge Menschen**

Das Land Niedersachsen stärkt außerdem die Infrastruktur der Kinder- und Jugendhilfe sowie deren Bezugssysteme mit diversen Aktivitäten und Förderprogrammen, damit Kinder und Jugendliche im gesamten Land eine bedarfsgerechte Angebotslandschaft vorfinden. Diese folgt dem Anspruch, allen jungen Menschen in Niedersachsen ein Aufwachsen unter positiven Rahmenbedingungen sowie eine Entwicklung zu gemeinschaftsfähigen Persönlichkeiten und die Ausbildung gesellschaftlicher Mitverantwortung zu ermöglichen. Der Rechtsanspruch auf Ganzttag verändert die zeitliche Verfügbarkeit von Kindern und Jugendlichen für Engagement in Vereinen und zivilgesellschaftlichen Initiativen. Eine wichtige Rolle nimmt deshalb die Ausgestaltung des schulischen Ganztagsangebots durch die Einbindung von Vereinen und Initiativen ein.

### **Stärkung der Teilhabe junger Menschen und Schaffung attraktiver Räume**

Hierzu braucht es darüber hinaus in ganz Niedersachsen attraktive Orte für junge Menschen in ihren analogen wie digitalen Lebenswelten – unabhängig davon, ob diese im ländlichen Raum oder in städtischen Zentren aufwachsen – an denen sich junge Menschen wohl, wahr und ernst genommen fühlen. Das Land Niedersachsen stärkt daher in spezifischen Maßnahmen die Teilhabe aller jungen Menschen am gesellschaftlichen Zusammenleben, beispielsweise im Hinblick auf barrierefreie Zugänge zu Bildungs- und kulturellen Angeboten sowie im Hinblick auf Mobilität und digitale Infrastruktur. Das Land betrachtet es als Querschnittsaufgabe, jungen Menschen diese passgenauen Räume zur Verfügung zu stellen und die entsprechende Teilhabe nicht an individuelle Voraussetzungen zu knüpfen, sondern entsprechende Instrumente zum Abbau sozialer Benachteiligung vorzuhalten.

## **8) Ausbau und Erhalt sozialer Infrastruktur**

Öffentliche Gebäude, deren Räume und Einrichtungen sind Orte, an denen sich Menschen wirklich, im wahrsten Sinn „leibhaftig“, begegnen können, die baulichen Grundlagen für das gesellschaftliche Miteinander. Ob Bibliotheken, Dorfgemeinschaftshäuser, Jugendzentren, Theater, soziokulturelle Zentren, Museen, Einrichtungen der Erwachsenenbildung, Sportstätten – das sind Orte der Begegnung und der Kommunikation, an denen aber auch zumeist Ideen des zivilgesellschaftlichen Engagements geboren werden. Der Erhalt und Ausbau dieser Infrastruktur ist daher notwendig. In Niedersachsen gibt es eine große Heterogenität. Die soziale Infrastruktur in niedersächsischen Dörfern und Städten ist vielfältig und wird durch verschiedene Förderprogramme und Initiativen des Landes unterstützt. In ländlichen Räumen liegt z.B. der Fokus auf der Dorfentwicklung, während in urbanen Zentren die Städtebauförderung eine wichtige Rolle spielt.

Einen besonderen Fokus richtet die Niedersächsische Landesregierung hierbei auf ländliche Regionen und städtische Quartiere, die mit besonderen sozialen Herausforderungen zu kämpfen haben. In diesen Regionen und Quartieren gibt es häufig einen besonderen Handlungsbedarf.

Die Förderung sozialer Infrastruktur zielt darauf ab, die jeweilige Lebensqualität zu verbessern und gemeinschaftliche Aktivitäten zu ermöglichen. Niedersachsen unterstützt unter anderem durch das „Bündnis für gute Nachbarschaft“ das nachbarschaftliche Zusammenleben und Demokratiedialoge direkt vor Ort in den Quartieren, in denen die Menschen leben.

Niedersachsen bleibt ein verbindendes Bundesland, in dem Vielfalt nicht nur geografisch im Sinne von Meer und Mittelgebirge, sondern auch gesellschaftlich mit Blick auf Lebensstile eine besondere Rolle spielt. Dabei stellen unterschiedliche Milieus keine abgekapselten Inseln dar, sondern werden als Vielfalt und Reichtum verstanden, aus dem das Land Kraft und Kreativität entwickelt. Deshalb spielen für die Niedersächsische Landesregierung auch milieuverbindende sozialplanerische Maßnahmen eine wichtige Rolle. Sie fördern den Austausch zwischen Milieus z.B. durch multifunktionale Orte und gemischte Wohnquartiere.

# Impressum

Niedersächsische Staatskanzlei  
Planckstraße 2, 30169 Hannover

Vertretungsberechtigt:  
Staatssekretär Frank Doods, Chef der Staatskanzlei

Verantwortlich für die Inhalte:  
Lars Wegener  
Leiter der Referatsgruppe 5  
Zivilgesellschaft, Migration und Teilhabe, Bürgerschaftliches Engagement  
Mail: [lars.wegener@stk.niedersachsen.de](mailto:lars.wegener@stk.niedersachsen.de)

Redaktion:  
Johannes Vahldiek

Erscheinungsdatum: Januar 2026